



# GRÜNSPIEGEL

informativ • parteilich • aktuell

Mai/Juni 2005

Informationen zur grünen Kommunalpolitik  
in Stadt und Kreis Ludwigsburg

Ausgabe 18

## Bohrtürme zu Pflugscharen

KMV mit Dr. Antje Vogel-Sperl, MdB, zum Thema „Weg vom Öl“

VON ANTJE VOGEL-SPERL, CHEMIEPOLITISCHE SPRECHERIN DER GRÜNEN IM BUNDESTAG, UND TILMANN KROGOLL, OV GERLINGEN

Gerlingen. Es klingt zunächst wie im Märchen. Angeblich beherrschte ja das Rumpelstilzchen die Fähigkeit, Stroh zu Gold zu spinnen. Die Wissenschaftler von heute sind – trotz des Einstein-Jahrs – noch nicht ganz so weit. Dennoch zeichnet sich ab, dass die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe wie Stroh künftig zu einer „Goldgrube“ für Industrie und Landwirtschaft werden kann. Und zu der Chance, unsere Abhängigkeit vom Erdöl – mit all ihren ökologischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Nachteilen – zu verringern. Denn aus 3 kg Stroh können 1 Liter



Ethanol gewonnen und damit 2 kg fossiles CO<sub>2</sub> eingespart werden. Dieses Bioethanol kann z.B. bis zu 25 % ohne Veränderungen am Motor dem normalen Benzin beigemischt werden. Aus 6,2 kg Stroh – anstatt 2,5 Liter Erdöl – kann der Kunststoffanteil eines Laptops oder Powerbooks hergestellt werden, was 5 kg fossiles CO<sub>2</sub> einspart.

### Erdöl war gestern!

Es ist heute schon möglich, das Erdöl in der Energieerzeugung, im Verkehrssektor und auch in der Stoffwirt-

schaft – also z.B. in der chemischen, pharmazeutischen und Lackindustrie – zu ersetzen. Es sind wir Grünen, die diese Chancen zuerst erkannt haben und jetzt mit Hochdruck daran gehen, die politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die sich langsam entwickelnden Märkte für solche neuen Produkte und Technologien maximal beschleunigt werden. Zusammen mit anderen Umwelt- sowie Wirtschafts- und Außenpolitikern der Grünen Bundestagsfraktion wurde ein Papier vorgelegt mit dem Titel „Weg vom Öl. Auf dem Weg ins post-fossile Zeitalter“ mit der Perspektive „4 mal 25 Prozent bis 2020“. 4 mal 25 heißt: 25 Prozent der Stromversorgung und 25 Prozent der Wärmenutzung sollen bis dahin aus erneuerbaren Energiequellen mit einem hohen Beitrag nachwachsender Rohstoffe bestritten werden, 25 Prozent des Kraftstoffbedarfs soll aus alternativen Quellen gedeckt werden und – und das ist neu – 25 Prozent der Grundstoffe der chemischen und pharmazeutischen Industrie sollen aus nachwachsenden Rohstoffen entstammen.

### „Weg vom Öl“: ökologisch, ökonomisch und friedenspolitisch notwendig

Bezugspunkt dieser politischen Ziele ist, dass die Ölpreisentwicklung der vergangenen Monate wieder einmal gezeigt hat, dass unsere Art des Wirtschaftens in fataler Weise vom Erdöl abhängt. Wieder einmal wurde deutlich, dass Verknappungen beim Angebot dieses Rohstoffes unmittelbar weit reichende volkswirtschaftliche Aus-

wirkungen hat. Wenn wir uns dann vor Augen führen, dass der Erdöl-Bedarf in Schwellenländern wie China und Indien zurzeit rapide ansteigt und der Großteil der Förderung in politisch instabilen Regionen stattfindet, ist es Teil der Zukunftsverantwortung, dass wir hier jetzt gegensteuern. Eine ökologische Partei wie unsere muss darüber hinaus – vielleicht sogar in erster Linie – die ökologischen Folgen der Erdölwirtschaft vor Augen haben. Klimawandel und Luftverschmutzung gehen wesentlich auf sie zurück. Ungeachtet der Frage, wie lange die Ölvorräte der Welt tatsächlich noch ausreichen, ist somit die Strategie „Weg vom Öl“ eine ökologische, ökonomische und auch friedenspolitische Notwendigkeit. „Weg vom Öl“ heißt nicht nur Sonne, Wind und Wasser. „Weg vom Öl“ heißt in Zukunft auch verstärkt „Bioraffinerien“.



Bioraffinerien verarbeiten anstelle von Erdöl Pflanzen, funktionieren aber ansonsten ähnlich wie eine herkömmliche Raffinerie. Am Ende des Raffinerie-Prozesses entstehen eine ganze Reihe von Rohstoffen und Zwischenprodukten, die dann zum Beispiel zu Kunststoffen weiterverarbeitet oder auch als Kraftstoffe verwendet werden können. Erdöl ist im Grunde genommen ja auch aus nachwachsenden Rohstoffen entstanden. Biokunststoffe können so gemacht werden, dass sie biologisch abbaubar sind. So könnten bald ausgediente Handyschalen und CDs auf dem Kompost oder in der Biotonne entsorgt werden.

• Fortsetzung Seite 2 oben

## Die Pflegeversicherung: gute Sache, aaber ...

VON JULIA SCHWEIZER

Wie sieht die Pflegeversicherung der Zukunft aus? Dieser Frage stellen sich auf Einladung des OV Ludwigsburg die gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Petra Selg, Dr. Waltraud Hannes vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK), Renate Schwaderer vom Pflegedienst des Landkreises und Dieter Gekeler von der Barmer Ersatzkasse.

Ludwigsburg. Trotz eines Defizits von 820 Millionen Euro in der Pflegeversicherung zeigte Petra Selg sich überzeugt, dass die Pflegeversicherung nicht am Ende sei, sondern mit ihrer Einführung ein Schritt in die richtige Richtung gegangen wurde. Jobs hätten geschaffen und die häusliche Pflege gestärkt werden können. Mittlerweile aber werde die Pflegeversicherung durch Zunahme an Heimeinweisungen und fehlende Beitragszahlungen belastet.

Trotzdem müssten die Leistungen der Pflegeversicherung verbessert werden, auch und gerade für geistig Behinderte und Pflegebedürftige mit psychischen Erkrankungen oder Altersdemenz, die oft nicht eingestuft werden. Petra Selg sprach sich gegen die Integration der Pflegeversicherung in die Krankenversicherung aus, wie es oft gefordert wird und kündigte noch für diesen Herbst ein Grünes Konzept zur Verbesserung der Pflegeversicherung und deren Finanzierung an.

### Demente werden oft nicht eingestuft

Dr. Hannes schilderte den Zuhörern anhand eines Bewertungsbogens die Kriterien und Kategorien für die spätere Einstufung des Antragstellers. Gerade die mittlerweile 30 Kriterien, die nach Kritik bei der Einführung der Pflegeversicherung detaillierter ausgearbeitet wurden, hätten dem medizinischen Dienst den Ruf als „Erbsenzähler“ eingebracht. Doch gerade Punkte wie der Grad der Hilfestellung oder die Häufigkeit der Tätigkeit, beispielsweise Duschen oder auch der Gang zur Toilette, würden nun bei der Begutachtung des MDKs berücksichtigt. Bewertet wird dabei auch die Alltagskompetenz im so genannten PEA-Assessment, das 13 Fragen beispielsweise nach inadäquatem Verhalten, gestörtem Tag-/Nachtrhythmus oder der Fähigkeit, eigene Gefühle zu erkennen und zu bewerten, stellt. Es berücksichtigt also auch psychische Faktoren, wohngegen beispielsweise Demenz oder psychische Erkrankungen bei der Einstufung sonst nicht ausreichend berücksichtigt würden. Gerade bei der Alltagskompetenz gebe es je nach Bundesland erhebliche Unterschiede bei der Bewertung, ein Punkt, bei dem Dr. Hannes Nachbes-

serung forderte. Denn bei rund acht Prozent der Antragsteller sei zwar die Alltagskompetenz eingeschränkt, die übrigen Faktoren würden aber nicht für eine Einstufung in Pflegestufe I ausreichen. Und diese Zahl soll laut Dr. Hannes künftig weiter steigen.

### Soziale Sicherung auch für Pflegeperson

Dieter Gekeler setzte an dieser Stelle fort und beschrieb die finanziellen Aspekte einer Einstufung für die Krankenkassen, die nicht nur Sach- oder Geldleistungen für den Pflegebedürftigen erbringen, sondern auch für die Pflegeperson. Die soziale Sicherung auch für diejenigen, der zuhause einen Angehörigen pflegt, sei wichtig und müsse gewährleistet werden. Denn das Pflegegeld reicht nicht aus, um einen kranken oder alten Menschen würdig zu versorgen. Oft müssen die Angehörigen eigene Mittel aufwenden, um zusätzlich benötigtes Pflegepersonal oder Hilfsmittel zu bezahlen. Renate Schwaderer gehöre zu denjenigen, die die leeren Kassen in der Pflegeversicherung ausbaden müssten, wie Gekeler anerkannte. Renate Schwaderer forderte den Abbau von Bürokratie und mehr Hilfen für Demenzzranke und kritisierte zudem, dass seit 1995 die Leistungssätze nicht mehr erhöht worden seien.

### Schluss mit „Töpfchen-denken“ und Bürokratie!

Geld wird aber auch von den Pflegediensten dringend benötigt, beispielsweise bei der Unterstützung pflegender Angehöriger oder für Schulungen für ehrenamtliche Mitarbeiter. Sie machte zudem ein derzeit „sehr restriktives Verhalten“ von Krankenkassen-Mitarbeitern bei der Genehmigung so genannter Behandlungspflege aus, wozu das Spritzen von Insulin oder das Anlegen von Wundverbänden zähle. Oftmals sei dafür auch das „Töpfchen-denken“ verantwortlich, das Leistungen für kranke Pflegebedürftige nur mit Mitteln aus der Pflegeversicherung bezahlt sehen will. Renate Schwaderer forderte daher, die Schnittstellen zwischen den Krankenkassen und der Pflegekasse zu verbinden. Eine weitere Problematik sei zudem die steigende Anzahl osteuropäischer Hilfskräfte, wie auch in der anschließenden Diskussion kritisiert und von Zuhörern bestätigt wurde. Obwohl die Beschäftigung dieser Arbeitnehmer oft illegal sei, hätten ihr Krankenkassen-Mitarbeiter schon mitgeteilt, dass ihr Dienst keine Mittelbewilligung erhalte, da bereits eine osteuropäische Pflegekraft eingestellt worden sei, berichtete Renate Schwaderer, und forderte daher die Stärkung der professionellen Pflege. Eine Forderung, die auch von den übrigen Rednern geteilt wurde.

## 25 Jahre Ludwigsburger Grüne

Ein Bericht über die Jubiläumsfeier

VON CHRISTIAN GÄRTNER

Ludwigsburg. Am 23. April feierten die Ludwigsburger Grünen ihr 25-jähriges Bestehen. Und in Scharen waren sie gekommen: Mitglieder, Mandatsträger und diejenigen, die in diesen 25 Jahren irgendetwas mit der Entwicklung der grünen Partei zu tun hatten. Egal, ob nun von den Gewerkschaften oder von der Friedensbewegung oder ob einfach nur als Sympathisanten – an diesem Abend waren alle zum Feiern gekommen. Sogar der Ludwigsburger Oberbürgermeister Werner Spec hatte sich eingefunden. Von grüner Seite waren die Mandatsträger Jürgen Walter und Cem Özdemir anwesend. Geleitet durch das Programm hat die OV-Vorsitzende Ingrid Hönlinger. In einer Vielzahl von Redebeiträgen wur-

den viele verschiedene Stimmen laut. Manche komplett positiv, andere eher kritisch. Doch eins konnte keiner bestreiten: In den 25 Jahren haben die Ludwigsburger Grünen viel erreicht und wären heute nicht mehr wegzudenken. Betont wurde zum Beispiel der Kampf gegen das „barocke Marstallcenter“, wie ein Redner erwähnte. Vor 25 Jahren wurden diese Alternativen im Gemeinderat sehr kritisch gesehen – heute sind die ein fester Bestandteil und ein Garant für immer frische Ideen in vielen Bereichen. „Vor 25 Jahren hätten wir den Bärensaal zum Feiern nicht bekommen“, so ein Redner. Auf die Redebeiträge folgte die Eröffnung des Buffets, was viele rein ökologische Köstlichkeiten aufbot. Und für jeden Geschmack war etwas dabei. Eine tolle Abrundung bot die Samba-Band „Kolibri“. Die Tanzfläche war voller fröhlicher Menschen. Ja, sogar der Oberbürgermeister ließ sich das Tanzen nicht nehmen (siehe Bild!)

Insgesamt war die Feier ein sehr gelungener Abend mit vielen Erinnerungen. Aber auch in die Zukunft kann man voller Optimismus blicken. Weitere Jubiläen werden folgen.



Der grüne Faden wies den Gästen den Weg in den Bärensaal. Auch am freundlichen „Ü“ kam niemand vorbei.

FOTO: MARKUS GERICKE



Die derzeitigen Stadträte sangen mit Unterstützung von Sonnja Wahl und dem Gitarristen von Samba Kolibri vom „kleinen grünen Stadtrat“, der sticht, sticht, sticht... FOTO: ULRICH HEBENSTREIT



Ausschneiden und an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Ludwigsburg, Umlandstraße 21, 71638 Ludwigsburg schicken

### Ja, ich will Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden:

Name, Vorname: ..... Kreis: .....  
Straße, Nr.: ..... E-Mail: .....  
PLZ, Ort: ..... Beruf: .....  
Tel.: ..... Geburtstag: .....  
Fax.: ..... Geschlecht: .....

Datum, Unterschrift:

### Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, monatlich ..... Euro (laut Satzung 1 % vom Nettoeinkommen) von folgendem Konto einzuziehen:  
Bank: ..... BLZ: ..... Datum, Unterschrift:  
Kontonummer: .....

## Keine Waiblinger Straße!

„Die Flakkaserne hat das Potenzial für ein zukunfts-fähiges Wohngebiet, das keine neuen Straßen braucht!“

VON ROSWITHA MATSCHINER

Wir, die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, begrüßen die bisherigen Planungen zur Bebauung der Flakkaserne. Insbesondere das Ziel, die gewachsene Baumstruktur zu erhalten und das zukunfts-fähige Energiekonzept mit einer Mischung aus energiesparendem Bauen mit Niedrig- und Passivenergiebauweise, der Verwendung erneuerbarer Energien wie Holzhackschnitzel und Solarenergie, sowie einer effizienten Nutzung der Energie mit Kraftwärmekoppelung findet unsere Unterstützung. Auch den Plan, Niederschlagswasser an der Oberfläche in einem Regenrückhaltebecken zu sammeln um die Kanalisation zu entlasten und die Grundwasserneubildung zu fördern, begrüßen wir. Mit einem Antrag fordern wir dennoch, weitere Aspekte in der Projektgruppe Flakkaserne zu beraten.

### Die Erschließung des Geländes

Eine Anbindung an die Walter-Flex-Straße lehnen wir ab, weil das zu mehr Verkehr in der Neckarweihinger Straße führen würde, für den diese nicht ausgelegt ist. Der Einzelhandel in Obweil ist vom Wohngebiet aus gut zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Bus zu erreichen. Wer dazu das Auto braucht, dem ist der Umweg über die Comburgstraße durchaus zuzumuten.

Eine Waiblinger Straße lehnen wir ab, weil dadurch der Weg zum Kaufland attraktiver wird, was dem Obweiler Einzelhandel schadet. Zudem wäre damit die Bebauung des Hartenecker Feldes vorprogrammiert, weil erst dann das zusätzliche Verkehrsaufkommen eine neue Erschließungsstraße erforderlich macht. Die Flakkaserne hat das Potenzial, ein zukunfts-fähiges Wohngebiet zu werden, das BewohnerInnen anspricht, die durchaus bereit sind, auf unnötiges Verkehrsaufkommen zu verzichten und umweltverträglich mobil zu sein. Dann wird das zusätzliche Verkehrsaufkommen auf den vorhandenen Straßen zu bewältigen sein und eine Waiblinger Straße, die den Verkehr nur auf die Friedrichstraße verlagern würde, überflüssig. Die Waiblinger Straße würde das Naherholungsgebiet im Westen Obweils und die einzige gute Radwegeverbindung in die Stadt zerschneiden und die Entwicklung zu einem attraktiven Sportpark Ost verhindern.

### Ökologie

Es reicht nicht aus, sich für den Erhalt der Baumstruktur auszusprechen. Es

muss bei den Baumaßnahmen besonders darauf geachtet werden, dass das Wurzelwerk der Bäume nicht beschädigt wird. Auch wenn es sich um eine Konversionsfläche handelt, müssen wir in unserem dicht besiedelten Raum jede Möglichkeit zum Erhalt von Natur nutzen und jede überflüssige Versiegelung des Bodens meiden. Ein Regenrückhaltebecken ist verlorene Fläche, wenn es wie z.B. in „Gegen Eich“ eingezäunt werden muss. Gerade Wasser und Uferzonen sind für Kinder ein spannender Erlebnisraum und dienen der Vielfalt von Flora und Fauna. Die Uferzone kann so gestaltet werden, dass sie auch für kleinere Kinder keine Gefahr darstellt.

Die zukunfts-fähige Energieversorgung würden wir gerne mit einem Musterhaus mit Brennstoffzelle ergänzen. Die Brennstoffzellentechnik ist eine saubere Energie-Technologie, die es weiter zu erforschen und in Serienreife zu bringen gilt. Ein Mehrgenerationenhaus könnte dafür ein gutes Objekt sein. Die Stadtwerke haben bereits in Kooperation mit der EnBW die Brennstoffzelle in einem Kindergarten in Eglosheim installiert. Ein Wohngebäude wäre ein weiteres interessantes Projekt.

### Soziales Miteinander

Ein Dorn im Auge sind uns die zahlreichen geplanten Tiefgaragen. Gerade die Tiefgaragen in den neuen Wohngebieten fördern Anonymität, da man sich nicht mehr vor der Haustür trifft. Quartiersgaragen an der Comburgstraße können von den BewohnerInnen im westlichen Wohngebiet mit nur wenigen Schritten erreicht werden. Die Zufahrt zur Wohnung, um Lasten abzuladen, bleibt trotzdem gewährleistet. Quartiersgaragen bieten zudem eine effizientere Nutzung durch BesucherInnen als der geplante zusätzliche Parkplatz auf fünf Wohneinheiten. Wir begrüßen den Erhalt der denkmalgeschützten Sporthalle als offenen Raum, der als Wetzschutz für zahlreiche soziale Kontakte dienen kann und besonders für junge Menschen (auch aus dem Schloßfeld) ein attraktiver Treffpunkt werden kann. So ein Treffpunkt wird im Schloßfeld schon lange gefordert. Wir wollen Spielplätze und Treffpunkte, die Raum lassen für eigene Kreativität und viel Bewegung und nicht zuviel möbliert sind. Selbstverständlich braucht man in den Grünzonen genügend Sitzgelegenheiten. Darüber hinaus bieten aber Wasserläufe, Kletterbäume, Mauern zum Balancieren usw. mehr Aktionsraum als Wippen und Rutschen.

## Förderkonto für Ludwigsburger Projekte

VON ROSWITHA MATSCHINER

Vor 10 Jahren, als der Haushalt besonders knapp war und alle Freiwilligenleistungen gekürzt wurden, wurde die Aufwandsentschädigung für Gemeinderäte von 350,- DM auf 400,- DM erhöht. Wir hatten uns dagegen ausgesprochen. Da aber die Mehrheit die Erhöhung mitgetragen hat, haben wir beschlossen, ein Konto einzurichten, auf das die Mitglieder unserer Fraktion regelmäßig einen persönlichen freiwilligen Betrag überweisen. So können wir mehrmals im Jahr mit dem Guthaben auf dem Konto Ludwigsburger Einrichtungen unterstützen.

Das Stadtteilbüro Sonnenberg, der Kinderschutzbund, die Charlottenkrippe, die Aktion „Aktiv gegen Männergewalt“, der Spiel- und Lernclub, der Verein „Silberdistel“, der Bürgerverein Pattonville, die Aktion „Aktiv gegen Männergewalt“, das Pfarramt der Kreuzkirche für Hausaufgabenbetreuung, die Ludwigstafel, die Solarinitiative Ludwigsburg, das Jugendcafé Obweil, das Arbeitslosenzentrum, der Frauennotruf, das Hans-Klenk-Heim, die Wohnungslosenhilfe, die Bürgerinitiative „Rettet den Riedgraben“, die Grundschule Pflugfelden für ein Theaterprojekt, die Jugendmusikschule, das Ludwigsburger

Büro des ADFC, das Goethe-Gymnasium (EDV-Ausstattung), „Respons“ die Agentur für soziale Fragen, die Pestalozzischule für die Schulhofumgestaltung, StudentInnen der Filmakademie für ihr Filmprojekt haben schon davon profitiert. Angesichts der Not denken wir aber auch an Menschen in anderen Ländern. So hat der Verein „Unsere Kinder“, der sich nach dem Krieg um bosnische Kinder und Kriegswaisen kümmert, ebenso einen Zuschuss erhalten wie der Ludwigsburger Ortsverband von „amnesty international“ und die Frauengruppe „Ariadna“ aus der Partnerstadt Jevpatoria für einen Besuch in Ludwigsburg. Außerdem haben wir eine Patenschaft für ein Erdbebenopfer in Gülcük (Türkei) und für eine Ausbildung einer Frau in Afghanistan zur Geburtshelferin durch den Verein Kinderberg international übernommen, ein Stück Regenwald gekauft um es vor dem Abholzen zu schützen und brasilianische Öko-Bauern im Kampf gegen Gentechnik und Großkonzerne unterstützt. In der Summe waren das in den letzten 10 Jahren fast 16 000 €.

Roswitha Matschiner, Förderkonto Ludwigsburger Projekte  
Konto 290920 000 bei der Volksbank Ludwigsburg (BLZ 604 901 50)

• Fortsetzung von Seite 1

### Nicht jeder Biokraftstoff ist wirklich Bio

Auch für den Bereich der Kraftstoffe ergeben sich große Chancen durch die Nutzung nachwachsender Rohstoffe. Es ist aber auch hier unsere Aufgabe, die Marktentwicklung politisch und



Dr. Antje Vogel-Sperl im Gespräch mit Besuchern FOTO: TILMANN KROGOLL

ökologisch zu begleiten. So ist der so genannte Biodiesel, der vielen beim Thema Biokraftstoffe zu allererst in den Sinn kommt, in unseren Augen lediglich ein Schritt in die richtige Richtung. Er wird aus Raps gewonnen, allerdings nur aus einem sehr geringen Teil der Rapspflanze, dem ölhaltigen Samen. Der Rest der Pflanze wird zumindest für die Treibstoffproduktion nicht genutzt. Die Folge ist ein hoher Flächenverbrauch für wenig Sprit. Auch andere Verfahren wie der Suediesel, der nach dem Biomass-To-Liquid (BTL)-Verfahren gewonnen wird, sind vor dem ökologischen Hintergrund kritisch zu bewerten. Zwar wird Suediesel nicht aus extra dafür angebauten Früchten gewonnen, sondern aus Holz und Holzabfällen. Die für seine Herstellung benötigte Energie ist aber sehr hoch. Außerdem werden für den Herstellungsprozess von Suediesel zusätzlich Gase wie Wasserstoff benötigt, die erst mal hergestellt werden müssen.

Bioraffinerien weisen auch hier den Weg in die Zukunft, indem sie mit geringem Energieaufwand Pflanzen oder auch Bioabfälle in ihre Bestandteile zerlegen und für uns nutzbar machen. Den Hauptbestandteil aller Pflanzen macht mit etwa 75 % der Zucker aus. Dieser findet sich in Pflanzen in den unterschiedlichsten Formen, die alle in Bioraffinerien relativ einfach in Bioethanol, einen klimaneutralen und um-

## Auswertung Leserumfrage

Liebe LeserInnen, zu Jahresbeginn haben wir, Julia Schweizer und Christian Gärtner, die Verantwortung für den Grünspiegel übernommen. Gelegenheit also, so dachten wir, unsere Leser nach ihren Meinungen über und Wünschen an den Grünspiegel zu befragen.

Die meisten von Euch scheinen mit dem Grünspiegel zufrieden zu sein und so bekamen wir insgesamt nur 12 ausgefüllte Fragebögen zurück, die sich aber übereinstimmend positiv über den Grünspiegel äußerten, seien es nun die Texte, die Fotos oder deren Verhältnis zueinander. Großes Interesse finden vor allem der Gastkommentar/-bericht auf Seite 1, die Stadt- und Kreisnachrichten sowie die Termine und die Bundespolitik. Den Wünschen nach mehr Berichten von KMVs und aus anderen Gemeinden als Ludwigsburg sind wir mit dieser Ausgabe gerecht geworden und so gibt es dieses Mal Berichte aus Remseck und Gerlingen (gleichzeitig auch KMV). Dabei seid aber auch Ihr aufgefordert: Wir freuen uns immer über Texte von Euch! Das gleiche gilt natürlich auch für Kritik und Anregungen. (reda)

## Bohrtürme ...

weltverträglichen Kraftstoff umgewandelt werden können.

### So passen Autofahren und Alkohol doch zusammen

Fakt bleibt: Alkohol im Blut und Autofahren vertragen sich nicht! Alkohol

Die verstärkte Nutzung von Biokraftstoffen und die zunehmende stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe haben neben den genannten ökologischen, ökonomischen und friedenspolitischen Aspekten einen weiteren von uns beabsichtigten Effekt: im ländlichen Raum entstehen zusätzliche Wertschöpfungspotenziale.

### Bauern als Ölscheichs von morgen

Der Landwirt von heute ist längst nicht mehr nur „Subventionsempfänger“ aus Brüssel, sondern wandelt sich zum Erzeuger hochwertiger Lebensmittel, aber auch zum „Energie- und Rohstoffwirt“. Er wird sowohl zum Erzeuger von hochwertigen Rohstoffen für Produkte und Güter unseres täglichen Gebrauchs, als auch zum Produzenten von biogenen Treibstoffen.

Für viele Branchen und auch für die Landwirtschaft können durch die Nutzung nachwachsender Rohstoffe große Marktchancen entstehen. Eine Auswahl an bereits verfügbaren Produkten aus Biorohstoffen lag für die Besucher des Abends vorne auf dem Tisch. Das, aber auch die kompetente Argumentation, überzeugte.

Wenn dann noch ein paar Fragen etwa der Logistik („Wie kommt das Stroh vom kleinen Bauern in die Raffinerie?“) oder zur Energiewaage („Wie viel mehr an Energie wird benötigt, um aus Stroh Ethanol zu machen?“) umfassender beantwortet werden können, sind wir alle ein Stück weiter. Dann wird vielleicht die nächste Veranstaltung, zu der die Gerlinger Grünen gerne wieder einladen, unter dem Motto stehen „Bioraffinerie für Gerlingen jetzt!“

## City braucht Wohnungen

VON KLAUS HOFFMANN

Auf meinen Leserbrief in der LKZ (siehe nebenstehenden Text) betreffend Wohnungen in der Innenstadt vor ein paar Wochen bekam ich EINE Rückmeldung. Ein freundlicher Herr sprach mich an und versicherte mir, dass er völlig meiner Meinung sei, die KSK hätte die bestehenden 40 Wohnungen aus ihrem Viertel an der Gartenstraße nicht verdrängen dürfen, sondern wenigstens die Hälfte dort belassen oder wieder errichten müssen, damit das Viertel nicht tot ist am Wochenende. Es war ein Stadtrat der CDU, der mir solches erklärte. Ein anderer Herr der gleichen Couleur hatte mir schon vor Jahresfrist dasselbe zugeflüstert. Auf die Frage, warum sie denn dann nicht FÜR meinen damaligen, dementsprechenden Antrag im Bebauungsplanverfahren sondern DAGEGEN gestimmt hätten: keine Antwort. Ich erinnere mich, dass den gewählten Mandatsträgern in der ersten Sitzung das Versprechen abgenommen wird, sich bei der Arbeit im Gemeinderat nur nach dem Gewissen und zwar zum Wohl der Gemeinde zu entscheiden. Was nun?

Klaus Hoffmann aus Hoheneck unterstützt Überlegungen, in den Obergeschossen des Wilhelmsbaus Wohnungen einzurichten.

Bei der Diskussion über die Ludwigsburger Innenstadt wird ein bedeutender Faktor übersehen: Wohnungen! Eine City ohne Wohnungen verliert an Urbanität. Reichhaltiger Einzelhandel, Gastronomie, Kirchen, Kultur, Praxen und Geldinstitute sind für eine moderne Innenstadt unabdingbar.

Wenn aber die Wohnbevölkerung ausgegrenzt wird, fehlt ein wesentlicher Teil für eine gesunde Mischung. Jüngst wurden 40 innerstädtische Wohnungen durch einen Bankenneubau in der Garten-/Blumenstraße beseitigt. Ganze sechs alte Wohnungen blieben übrig. Nach Geschäftsschluss wird hier künftig nicht mehr viel Leben sein. (...) Statt Dächern über Fußgängerzonen wünsche ich mir von Immobilienmaklern und Gemeindevertretern erschwingliche Wohnungen in der Innenstadt, zum Beispiel in den Obergeschossen des Wilhelmsbaus - unten die Einzelhändler und Gaststätten, oben 40 Wohnungen, gruppiert um einen begrünten Innenhof. Mir scheint, das wäre nützlich für mehr Stadtqualität.



Zum Schillerjahr riefen die MitarbeiterInnen der Stadtbibliothek am Samstag, 23. April 2005, die Ludwigsburger BürgerInnen auf, „ihren“ Schiller zu rezitieren. Anita Klett-Heuchert und Elfriede Steinwand wählten die 17 Verse aus „Würde der Frauen“, nicht nur um den Dichter zu ehren, sondern um ihn auch zu persiflieren. Wie man an der Verkleidung der Akteurinnen sieht, war der kurze Vortrag eine kleine Performance und sollte etwas Abwechslung in die lange Reihe der Schillerrezitationen bringen FOTO: ULRICH HEBENSTREIT

## Großes Interesse an Biokunststoffen auf der Fachmesse für Verpackung

VON JULIA SCHWEIZER

Alle drei Jahre findet in Düsseldorf die größte Fachmesse für Verpackung, die interpack, statt. In diesem Jahr gab es zum ersten Mal eine Sonderschau zum Thema biologisch abbaubare Kunststoffe. Und das sogar in einer eigenen Halle, oder, wie die offizielle Bezeichnung lautete, im Innovation parc „Bioplastics in Packaging“. Die Interessengemeinschaft Biologisch Abbaubare Werkstoffe (IBAW), die gemeinsam mit der Messe Düsseldorf und dem Industrieverband Kunststoffverpackungen diese Sonderschau veranstaltet hatte, zog abschließend eine positive Bilanz. Mehr als 10.000 Besucher informierten sich in der rund 500 m<sup>2</sup> großen Halle bei den mehr als 20 Ausstellern aus Europa, den USA und Japan über deren Lebensmittelverpackungen, die heute bereits schon in europäischen Supermärkten verkauft werden. Laut dem Vorstandsvorsitzenden der IBAW, Harald Käß, zeigten sich die Besucher beeindruckt von der Vielfalt und dem Leistungsstand der ausgestellten Produkte. „Bioverpackungen haben eine große Zukunft vor sich“, fasste er die „hervorragende Stimmung“ der Aussteller nach der Messe zusammen.

### Politiker machten sich für Biokunststoffe stark

Die IBAW selbst informierte an einem eigenen Stand über aktuelle technische und politische Entwicklungen zum Thema und hatte zahlreiche Politiker, unter ihnen auch die Grüne MdB Antje Vogel-Sperl, eingeladen, die sich in Vorträgen für die weitere Unterstützung bei der breiten Markteinführung der Biokunststoffe stark machten. Einen großen Erfolg sieht der Verband bei der dritten Novelle der Verpackungsverordnung, die im

Mai in Kraft treten soll. Darin wird die Markteinführung der Biokunststoffe gefördert, denn die Hersteller von Verpackungen aus biologisch abbaubaren Werkstoffen müssen keine Gebühren für deren Entsorgung zahlen. Zumindest bis zum Jahresende 2012. Die Hersteller und Vertrieber haben laut der Verordnung jedoch „sicherzustellen, dass ein möglichst hoher Anteil der Verpackungen einer Verwertung zugeführt wird“. Die IBAW hat dazu bereits eine Handlungsempfehlung erstellt, um Lösungen für die Rücknahme und Verwertung der Bioverpackungen zu entwickeln.

### Ökologische, aber kaum ökonomische Vorteile

Auch Forscher waren eingeladen, ihre neuesten Erkenntnisse dem Fachpublikum mitzuteilen. Einer von ihnen war Dr. Martin Patel, der den Nutzen der Biokunststoffe derzeit kritisch untersucht. „Keiner der biologisch abbaubaren Werkstoffe ist Meister auf allen Gebieten“, nahm er die Ergebnisse einer von ihm geleiteten Studie zur biotechnologischen Produktion von Massenchemikalien und chemischen Zwischenprodukten aus erneuerbaren Rohstoffen vorweg. Vor allem zum gegenwärtigen Zeitpunkt seien noch keine klaren ökonomischen Vorteile im Vergleich zu „herkömmlichen“ Kunststoffen zu erkennen. Eindeutig im Vorteil lägen die Bio-Konkurrenten jedoch bei der Emissionsbilanz. Miteingerechnet wurden dabei auch die Schadstoffe, die bei der Produktion beispielsweise biologisch abbaubarer Becher, Verpackungen für Lebensmittel oder Plastiktüten anfallen. Zwischen 2 und 4 Tonnen CO<sub>2</sub> könnten bei den Biokunststoffen im Vergleich zur Produktion einer Tonne „herkömmlicher“ Polymere einge-

spart werden, die Einsparung bei der Energie könne zwischen 25 und 50 Gigajoule pro Tonne betragen. Bis zu ein Drittel der jährlich rund 45 Mio Tonnen in Westeuropa hergestellten Polymere kann durch die Konkurrenz aus biologisch abbaubaren Werkstoffen ersetzt werden, vor allem in der Verpackungs- und der Automobilindustrie. Im Jahr 2020 könnten 5 %, bzw. 15 % der verwendeten Kunststoffe in den genannten Branchen biologisch abbaubar sein. Der japanische Automobilhersteller Toyota beispielsweise möchte bereits 2015 rund 20 % biologisch abbaubare Kunststoffe in seinen Fahrzeugen einsetzen. Allerdings stünden all diese erwarteten Marktanteile und Einsparungen bei der Energie und den Emissionen in absoluten Zahlen doch im recht kleinen Verhältnis, da die petrochemische Industrie noch immer recht stark sei. Für das Jahr 2010 erwartet Patel für Biokunststoffe einen Marktanteil von 2 %, für 2020 bereits bis zu 4 %. Die Wachstumsraten für biologisch abbaubare Werkstoffe sind also beträchtlich. Endgültige Resultate des von der EU-Kommission geförderten Projekts des Fachbereichs Wirtschaft, Technologie und Gesellschaft der Universität Utrecht werden bis September erwartet.



Für die Biokunststoffe hatte die Messe Düsseldorf auf der interpack eine eigene Halle reserviert

FOTO: JULIA SCHWEIZER

## Feinstaubmessungen in Hochberg und Neckarrems notwendig

Hauptstraße in Hochberg und Remstalstraße in Neckarrems stark belastet – Für einseitiges LKW-Verbot in Hochberger Hauptstraße – Die Stadt ist am Zug

Remseck. „Die Kreisverwaltung teilte mir mit, dass Remseck als Große Kreisstadt es selbst in der Hand hat, verkehrsrechtliche Maßnahmen wie Pfortnerampeln oder ein LKW-Verbot in der Hochberger Hauptstraße einzuführen“, berichtete Daniel Renkonen, Vorsitzender der Grünen-Kreistagsfraktion bei einer gemeinsamen Veranstaltung des Ortsverbandes Remseck und der grünen Kreistagsfraktion im Remsecker Ortsteil Neckarrems. Allerdings müssten diese Maßnahmen mit dem Landratsamt abgestimmt werden. Beim entsprechenden Willen der Stadt könne er sich nicht vorstellen, dass der Kreis solche Maßnahmen blockieren würde, obwohl er berichtete, „dass das Regierungspräsidium LKW-Verbote außerordentlich kritisch sehe“.

Die Grüne-Kreistagsfraktion setzt sich schon seit Jahren für den Bau eines Tunnels in Hochberg ein. Daniel Renkonen, der mit weiteren 6 grünen Kreisräten an der Veranstaltung teilnahm, dämpfte allerdings die Erwartungen auf eine baldige Realisierung des Tunnels. Zwar sei dieser im mittelfristigen Kreisstraßenprogramm ab 2009 vorgesehen, doch ob die 24 Mio. € für den Tunnel angesichts der Kürzung von Landeszuschüssen und der inzwischen auch beim Landkreis düsteren Finanzsituation noch in diesem Jahrzehnt zusammenkommen würden, bezweifelte er. Daher hatte die Grüne-Kreistagsfraktion bis zur Realisierung des Tunnels Maßnahmen wie Pfortnerampeln oder ein Durchfahrverbot für LKW ab 7,5 t ins Spiel gebracht und die Kreisverwaltung aufgefordert, diese Alternativen ernsthaft zu prüfen.

Die Remsecker Grünen greifen jetzt einen Vorschlag des Verkehrsplaners Hans Billinger für ein LKW-Verbot nur in einer Richtung auf. Ein LKW-Verbot bergaufwärts bringe eine spürbare Ent-

lastung für die Hauptstraße und ermögliche trotzdem allen LKWs, alle Standorte in Hochberg zu erreichen, da sie bergabwärts die Hauptstraße befahren könnten, so Karl Burgmaier, Fraktionssprecher der Grünen im Remsecker Gemeinderat. Die Grünen wollen bei den anderen Fraktionen und der Verwaltung für das LKW-Verbot in einer Richtung werben. Inzwischen hat Karl-Heinz Balzer, Erster Bürgermeister der Stadt und zuständig für verkehrsrechtliche Fragen, die Prüfung des einseitigen LKW-Verbots zusammen mit dem Regierungspräsidium zugesagt.

Ein LKW-Verbot vermindert auch den gesundheitsgefährdenden Feinstaub in der Hauptstraße. Feinstäube, wie sie vor allem Dieselmotoren ohne Partikelfilter ausstoßen, werden für schwere Erkrankungen der Atemwege sowie für Krebserkrankungen verantwortlich gemacht. Seit 1. Januar gel-

ten EU-weit Grenzwerte für Feinstaub, bei Überschreiten der Grenzwerte sind Fahrverbote möglich. Wir halten daher Messungen zu Feinstaub und Stickstoffdioxid an neuralgischen Punkten in Remseck wie der Hochberger Hauptstraße und der Remstalstraße in Neckarrems für notwendig.

Weitere Themen des Abends waren der Entwurf des Flächennutzungsplans, Neue Mitte (Grüne Mitte zur Naherholung), zweite Neckarbrücke, Nord-Ost-Ring, gentechnikfreie Zone Kreis Ludwigsburg, Landschaftspark Neckar sowie die neue Situation bei Sozialhilfe und Hartz IV. Ein Ergebnis der Veranstaltung war, dass der neue Umweltbeirat des Kreises sich für einen Landschaftspark Neckar einsetzen sollte. Eine Maßnahme hierzu könnte die Ausweisung von Überschwemmungsflächen entlang des Neckar-Ufers sein. (reda)



Mitglieder der grünen Kreistagsfraktion und grünen Gemeinderatsfraktion vor dem Entwurf des Flächennutzungsplans 2015

FOTO: MARTIN FRISCHAUF

## Der Angriff der Landräte

Die Landräte der Region, Eininger, Fuchs, Haas und Meier fordern die alleinige Zuständigkeit für die Omnibusverkehre und lösen eine entschiedene Gegenreaktion des Verbandes aus.

VON REGIONALRAT JOSEF MATSCHINER

Es ist in der Tat kein optimaler Zustand: Die Aufgabenträgerschaft für die Omnibusverkehre der Verbundstufe II liegt bei den Kreisen, die Finanzzuständigkeit bei der Region. In der Praxis sieht es so aus: Die Kreise bestimmen und bestellen die Verkehrsleistungen; die Region macht die Verträge und bezahlt die Verkehrsleistungen und holt sich das Geld per Umlage bei den Kreisen wieder. Was der Gesetzgeber sich bei der Gründung des Verbandes Region Stuttgart dabei gedacht hat? Ich kann das nicht beantworten. Wenn Region und Kreise vertrauensvoll und gedeihlich zum Wohle des ÖPNV und der Bevölkerung zusammenarbeiten könnten, hätte es mit dieser Aufgabenteilung vielleicht klappen können.

### Verbundstufe II immer teurer

Da das Verhältnis jedoch von Anfang an von Konkurrenz geprägt war, belagern nun beide Seiten, dass sie auf die Aktionen des anderen keinen Einfluss hätten und schieben sich gegenseitig die Schuld daran zu, dass die Verbundstufe II immer teurer wird. Und beide Seiten behaupten, wenn sie alleine die vollständige Trägerschaft für Busverkehre hätten, dann würden sie es wirtschaftlicher machen, dann würden sie die Kosten senken bei gleichbleibender Leistung. Wenn zwei sich streiten, dann freut sich oft ein Dritter, in diesem Fall sind das möglicherweise die Omnibusunternehmen. Die Omnibusunternehmen der Verbundstufe II fahren ohne großes wirtschaftliches Risiko. Bei der Einführung des Einheitstarifes der Verbundstufe II haben sie sich von den damaligen Landräten ihre „Alteinnahmen“ vertraglich zusichern lassen. Ihre „Alteinnahmen“ werden jährlich dy-

namisiert fortgeschrieben und von der Region ausbezahlt. Die Region zahlt dies aus ihrem Anteil an den VVS-Einnahmen und mit der Verkehrsumlage von den Kreisen. Die Omnibusunternehmen bekommen ihr Geld, unabhängig davon, ob sie ihre Betriebskosten senken konnten oder ob sie zum Beispiel durch höhere Treibstoffpreise gestiegen sind; unabhängig davon, ob die Fahrgastzahlen auf ihren Linien zu- oder abgenommen haben.

### Zwang zur Fahrpreiserhöhung vorgeben

Solange die Fahrgeldeinnahmen der Region mehr steigen als die Ausgaben für die „Alteinnahmensicherung“ kann so eine Rechnung aufgehen. Aber damit ist auch ein Zwang zur jährlichen Erhöhung der Fahrpreise vorgegeben. Wirtschaftliches und kundenorientiertes Handeln ist so nicht möglich. Daher bemüht sich der Verband seit Jahren darum, dieses Konstrukt transparent zu machen und dem Wettbewerb zu öffnen mit dem Ziel, einen guten ÖPNV zu niedrigeren Preisen zu bekommen. In den jüngsten Sitzungen des Verbandes sind dazu erste konkrete Schritte beschlossen worden. Das ist in Abstimmung mit den Kreisen geschehen. Der Verband konnte davon ausgehen, die Landräte in dieser Sache an seiner Seite zu haben. Daher ist es schon mehr als verwunderlich, dass die Landräte jetzt ihren Angriff gestartet haben. Damit sind sie uns, der Region, in den Rücken gefallen, sie schwächen unsere Position und schaden unserem Vorhaben. Entsprechend entschieden und von großer Mehrheit getragen ist die Antwort ausgefallen: Die Landesregierung wurde aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine Bündelung der Aufgaben- und Finanzträgerschaft für den ÖPNV in der Region Stuttgart möglich ist. Und selbstverständlich soll die Trägerschaft beim Verband gebündelt werden. Das ist meiner Meinung nach die einzig richtige Antwort. Dieser unfruchtbare Zwist zwischen Kreisen und Region muss ein Ende haben!

ANZEIGE

**LIKOM - Ludwigsburger Institut für Konfliktmanagement, Mediation und Kulturprojekte**  
 Marktplatz 2, 71634 Ludwigsburg  
 Telefon 07141/688 79 99, Fax 07141/688 79 97  
 info@likom.info, www.likom.info  
**diskret, persönlich, individuell**

## Bericht aus dem Landesverband der Grünen Jugend

VON SEBASTIAN ENGELMANN, LANDESVORSITZENDER

Stuttgart. Der Landesvorstand der Grünen Jugend Baden-Württemberg hat sich für das Frühjahr einiges vorgenommen: Die Wahlkampfkommission (WKK) der Grünen Jugend hat ihre Arbeit aufgenommen. Der Landesvorstand wird um engen Austausch bemüht sein und seinerseits die Arbeit der WKK mit Ideen, Vorschlägen und organisatorischer Hilfe unterstützen. Abgesehen von der Wahlkampf vorbereitung für das nächste Jahr stehen zwei wichtige LDKs im Herbst und Winter auf dem Programm. Wir wollen zum einen Einfluss auf das grüne Landtagswahlprogramm nehmen und zum anderen mindestens eine oder einen GJ-Kandidatin bzw. Kandidaten auf einen aussichtsreichen Listenplatz für die Bundestagswahl bringen. Nachdem der Landesvorstand ein Eckpfeiler-Konzept zur Hochschulpolitik verabschiedet hatte, wurde dieses auf der Landesmitgliederversammlung diskutiert und verabschiedet. Zudem ist eine Kampagne in Planung, das ge-

bührenfreie Erststudium in die Hochschulverfassungen zu verankern. In der Schulpolitik will der Landesverband Frau Schavan nicht ungestört ihre Kreise ziehen lassen. Gerade in der gymnasialen Oberstufenpolitik läuft vieles falsch und es wird Zeit, dass die GJ sich dagegen positioniert, wenn möglich mit eigenen Vorschlägen und Aktionen. Weiterhin wird sich der Landesverband an der Antirassismuskampagne des GJ-Bundesverbandes beteiligen. Außerdem will der Landesvorstand Vorschläge, die Abgeordneten- und Ministerbesoldung zu reformieren, auf den Tisch legen. Zu unseren Forderungen gehört u.a., dass Abgeordneten mit einem zweiten Beruf neben dem Abgeordnetenmandat weniger Geld bekommen, als diejenigen, die ihr Landtagsmandat als Vollzeitberuf ausüben. Im kommunalen Bereich werden wir versuchen, die Rechte von Jugendgemeinderäten auszubauen. Ansonsten gibt es immer wieder höchst erfolgreiche Aktivitäten unserer Ortsgruppen, so hat z.B. die Ortsgruppe Main-Tauber bei einem „Rock gegen Rechts“-Konzert über 820 Euro eingenommen.

## Was ist dran an der angeblichen „Renaissance der Atomkraft“?

VON ILSE MAJER-WEHLING,  
BEITRAG IN ZWEI TEILEN, TEIL 2

### Behauptung 4: Neue Atomkraftwerke rechnen sich

„Lange sah es so aus, als würden die hohen Anfangsinvestitionen die Kernkraft auf liberalisierten Strommärkten dauerhaft ins Abseits drängen. Als Alternative standen immer effizientere Erdgaskraftwerke zur Verfügung, betrieben mit einem kostengünstigen Brennstoff. Doch jetzt zeigt die Preis-Kurve nach oben. Erdgaskraftwerke sind Atomkraftwerken ökonomisch nicht mehr überlegen. Das beweist der bevorstehende Reaktorneubau in Finnland, ebenso der französische Plan, das gegenwärtige Reaktorarsenal durch neue Meiler vom Typ EPR zu ersetzen. Vor dem Neubau von Atommeilern sollte in Deutschland mit der von der Bundesregierung verhängten vorzeitigen Schließung von Atomkraftwerken Schluss gemacht werden. In den USA wird die Laufzeit derzeit in vielen Kraftwerken von 40 auf 60 Jahre erhöht.“

Neue Atomkraftwerke rechnen sich für Betreiber nur, wenn der Staat ihnen mit Subventionen kräftig unter die Arme greift oder wenn - wie im Fall Finnland - Festpreise für Kraftwerksbau und Stromabnahme vereinbart werden. Beide Voraussetzungen sind dort nicht vorhanden, wo die Strommärkte vollständig liberalisiert sind. Die Strategie der Laufzeitverlängerung älterer AKW dokumentiert vielmehr den Versuch der Unternehmen, mit Jahrzehnte alten und technisch überholten Investments möglichst lange Geld zu verdienen. Dies trägt jedoch zur Verschleppung notwendiger Investitionen in moderne Kraftwerke bei und könnte sich - Stichwort Versorgungssicherheit - bitter rächen.

### Behauptung 5: Neue Atomkraftwerke schützen das Klima

„Die globale Klimapolitik kann nicht auf die CO<sub>2</sub>-freie Atomkraft verzichten. Um dem Klimawandel zu begegnen, müssen alle technischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, besonders angesichts des Energiehungers der Dritten Welt. Das müssen gerade Umweltschützer einsehen.“

Kernkraft als Mittel gegen den Klimakollaps ist eine Illusion. Weltweit gibt es 442 AKW. Der Ausbau stagniert, v. a. in den westlichen Industriestaaten, zum Teil schon seit Jahrzehnten. Um den globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoß erheblich zu verringern, müssten jedoch in Industrie- wie Entwicklungsländern mehrere tausend Reaktoren neu gebaut werden. Ein solches Ausbauprogramm ist ökonomisch, finanziell und wegen der mangelnden Akzeptanz der Risikotechnologie ausgeschlossen. Selbst wenn ab sofort weltweit alle verfügbaren Mittel in den Ausbau der Atomenergie gelenkt würden, wäre der Effekt auf den globalen Treibhausgas-Ausstoß marginal. Außerdem würden die Uranressourcen, die heute auf etwa 40 bis 60 Jahre geschätzt werden, noch schneller erschöpft sein.

Neue Probleme von gewaltiger Dimension würden geschaffen. Atomkraftwerke tragen auch - das zeigt sich in den USA, die den weltweit größten Anteil an Atomkraftwerken haben - zum verschwenderischen Umgang mit Energie bei. Neue Atomkraftwerke verhindern bzw. verzögern den notwendigen Umbau der Energieversorgung in Richtung Effizienz und Nachhaltigkeit.

### Behauptung 6: Neue Atomkraftwerke schaffen Versorgungssicherheit

„Deutschland ist heute schon zu 80 Prozent abhängig von Energieimporten. Mehr Kernkraftwerke schaffen mehr Unabhängigkeit von den internationalen Öl- und Erdgasmärkten. Es ist beunruhigend genug, dass Deutschland bei seiner Wärmeversorgung immer stärker auf russisches Erdgas angewiesen ist. Diese Abhängigkeit sollte nicht auf die Stromversorgung ausgedehnt werden. Erneuerbare Energien sind zu teuer und können Atomkraftwerke, die rund ums Jahr Strom produzieren, nicht ersetzen. Der Wind weht, wann er will, die Sonne scheint, wenn der Wettergott es will - aber nicht, wenn der Stromverbrauch im Winter oder am Vormittag am höchsten ist.“

Im Gegensatz zur Atomenergie sind regenerative Energien aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie tatsächlich heimische Energiequellen. Sie produzieren nicht nur umweltfreundlich Strom, sondern können mittelfristig auch einen erheblichen Teil des nationalen Wärme- und Kraftstoffbedarfs decken, also direkt die Öl-Abhängigkeit mildern. Die größte Versorgungsunsicherheit produzieren Atomkraftwerke, die von Terroristen und Kriegstreibern als vorrangige Objekte in ihre Zielplanung aufgenommen werden. Auch das unterscheidet Windräder, Sonnenkollektoren und Biomasse-Kraftwerke von Atomkraftwerken: Auf die Idee, sie mit Großraumjets oder Panzerfausten anzugreifen, ist noch kein Terrorist gekommen.

### Renaissance der Atomenergie? - ein Resümee

Die derzeitige Debatte über eine globale Renaissance der Atomenergie ist nicht das Ergebnis einer veränderten Lage. Sie fällt vielmehr in eine Zeit, in der in den großen Energieversorgungsunternehmen (EVU) Entscheidungen über die künftige Kraftwerksstruktur anstehen. Der deutsche Kraftwerksbestand ist besonders im Westen Deutschlands überaltert. Atomkraftwerke werden entsprechend dem vereinbarten Ausstiegskonzept nach und nach abgeschaltet. Investitionsentscheidungen in zweistelliger Milliardenhöhe stehen auf der Tagesordnung. Gleichzeitig wurden die Weichen für eine ökologische Energiewende gestellt. In dieser Situation beschwören einige Vertreter der Energiewirtschaft und AKW-Verfechter einen angeblich weltweiten Boom der Atomkraft. Doch es gibt viele Ankündigungen und nur wenige Baustellen. In Asien sind die Erfahrungen von den schweren Atomreaktor-Unfällen in Harrisburg (1979) und Tschernobyl (1986)

ohne politische Folgen geblieben. In den USA rechnen selbst die vehementesten Befürworter eines AKW-Revivals nicht vor 2010 mit dem ersten Spatenstich für einen neuen Reaktor. In den USA wird alten Atomkraftwerken eine „Nachspielzeit“ gewährt; die Op-

nische Reaktor Ende des Jahrzehnts in Betrieb geht, werden in Europa bis dahin neue errichtete Windräder rund zehnmal mehr Strom liefern als ein großes Atomkraftwerk. Es gibt somit keinen Anlass den mit der Stromwirtschaft vereinbarten Aus-



Obrigheim ist abgehakt

position in Deutschland verlangt ähnliches für die deutschen Reaktoren. Doch Lebenszeit-Verlängerungen belegen nur, dass AKW-Betreiber aus ökonomischen Gründen vor Investitionen in neue Atomkraftwerke zurückschrecken. Statt in neue Technologien zu investieren, zehren manche Betreiber von der Substanz, ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Risiken. Der einzige Erfolg, auf den die Befürworter einer zweiten Kernenergie-Konjunktur in Europa verweisen können, ist der beschlossene Neubau eines Pilot-Reaktors vom Typ EPR in Finnland. Aber auch dieser Meiler ist nicht das Ergebnis der reinen marktwirtschaftlichen Lehre. Die Reaktorkonstrukteure von Siemens und Framatome offerieren ihr Produkt zu einem Dumpingpreis, und halbstaatliche Kredite zu Vorzugs-Konditionen sollen die Kosten dämpfen. Selbst wenn der fin-

stiegt aus der Kernenergie in Frage zu stellen. Vieles spricht dafür, die eingeleitete ökologische Energiewende zu beschleunigen, weil die Kraftwerke im Mittel älter und nicht sicherer werden, der islamistische Terrorismus Atomkraftwerke in seine Zielplanung aufgenommen hat und der Energiehunger der Welt wächst - vor allem in den Entwicklungsländern und in politisch instabilen Weltregionen. Dort sind Atomkraftwerke potenzielle Angriffsziele für konkurrierende Staaten - und für autoritäre Regime Stationen auf dem Weg zur Bombe.

Quellen:  
Themenpapier Atomkraft: „Wiedergeburt eines Auslaufmodells?“ BMU, Nov. 04  
Energie und Bau, Heft 9 der Schriftenreihe der Stiftung Bauwesen von Feb.04; Die Zeit vom 22. Juli 04; Handelsblatt vom 17. August 04, taz vom 25.10.04

## Infos aus dem Netz

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch in dieser Ausgabe gibt es wieder Neuigkeiten aus dem Netz. Es hat sich bestimmt schon rumgesprochen (und das nicht erst seit kurzem), dass mit unserer Luft, die wir einatmen, etwas nicht stimmt. Die Schlagworte dieser Situation lauten *Feinstaubbelastung durch Dieseldieselruß*. Dazu passen folgende Hinweise:

### GRÜNE fordern: Filter ab Sommer

Der Bundesvorsitzende Reinhard Büttikofer hat die Autoindustrie aufgefordert, ab Sommer nur noch DieselpKW mit Rußfilter auszuliefern: [http://www.gruene-partei.de/cms/themen\\_verkehr\\_bau/dok/64/64688\\_ab\\_sommer\\_nur\\_noch\\_mit\\_filter.htm](http://www.gruene-partei.de/cms/themen_verkehr_bau/dok/64/64688_ab_sommer_nur_noch_mit_filter.htm)

### Jetzt unterschreiben und weiterleiten

Über 65.000 Menschen sterben pro Jahr allein in Deutschland vorzeitig an den Folgen von Feinstaub. Ein

Hauptverursacher sind Dieselfahrzeuge ohne Rußpartikelfilter. Trotz dieser alarmierenden Zahlen ist der serienmäßige Einbau von Rußpartikelfiltern in Diesel-Neufahrzeuge bei deutschen Automobilbauern noch immer nicht Standard. Bitte helfen auch Sie mit, den Druck auf die deutschen Autobauer zu erhöhen und unterstützen Sie unsere Forderung, dass in Deutschland ab dem 1.7.2005 nur noch Diesel-Neufahrzeuge auf den Markt kommen sollen, die serienmäßig und ohne Aufpreis über einen Partikelfilter verfügen. Besuchen auch Sie <http://www.saubere-dieseln.de>, schicken Sie eine Protest-Mail, drucken Ihren eigenen Protest-Brief oder Ihr Protest-Fax aus, schicken sie an die Autobauer und tragen Sie sich in unsere Unterstützerliste ein.

### Feinstaubdebatte: Die grossen Irrtümer von Auto BILD

Das Bundesumweltministerium hat die jüngsten Darstellungen der Auto BILD zum Thema Dieseldieselrußfilter und Feinstaub unter die Lupe genommen. Ergebnis: In vielen Punkten irrt Auto BILD: [http://www.bmu.de/files/luftreinhaltung/downloads/application/pdf/irrtuemer\\_autobild.pdf](http://www.bmu.de/files/luftreinhaltung/downloads/application/pdf/irrtuemer_autobild.pdf)  
Noch ein Tip zum Schluß: Sollten Sie weiter Fragen zu den oder an die Bündnisgrünen haben, rufen Sie uns an, montags bis freitags von 09.00 bis 16.00 Uhr stehen unsere MitarbeiterInnen an unserer Hotline zur Verfügung. Ganz egal, ob Fragen zur Mitgliedschaft, Suche nach dem richtigen grünen Ansprechpartner oder inhaltliche Fragen. Wählen Sie: 0180 - 567 2 456 (12 cent/min) - denn Grün wählen hilft.  
So, das war's für diesmal auch schon wieder. Falls Sie Fragen oder Anregungen haben sollten, na, Sie wissen schon. Einfach melden unter [maxbleif@t-online.de](mailto:maxbleif@t-online.de)

Ihr Max Bleif

## TERMINE

**Grüne Fraktion im Landtag feiert den Einzug in den Landtag vor 25 Jahren**  
Freitag, 03.06.2005, ab 19 Uhr 30  
Haus des Landtags, Foyer und Lobby,  
Konrad-Adenauer-Str. 3, Stuttgart  
Gäste u.a. Joschka Fischer  
Anmeldung unbedingt erforderlich  
unter 0711/2063-683 oder  
[post@gruene.landtag-bw.de](mailto:post@gruene.landtag-bw.de)  
bis spätestens 31.05.2005

**Ortsverband Ludwigsburg Mitgliederversammlung**  
Montag, 06.06.2005, 20 Uhr,  
Kreisbüro im U-Land, Umlandstr. 21.

**Ortsverband Ludwigsburg Mitgliederversammlung**  
Montag, 15.06.2005, 20 Uhr,  
bei schönem Wetter:  
Biergarten des Ratskellers.

**Ortsverband Ludwigsburg Mitgliederversammlung**  
Montag, 04.07.2005, 20 Uhr,  
Kreisbüro im U-Land, Umlandstr. 21.

**Ortsverband Vaihingen Führung durch die KZ-Gedenkstätte Vaihingen mit Jörg Becker**  
Mittwoch, 20.07.2005, 19 Uhr  
im Anschluss:  
20 Uhr 30 KVM in Vaihingen,  
Ort noch unbekannt.

Veranstaltungen der Heinrich Böll  
Stiftung Baden-Württemberg:

**„Frauenrechte im Kreuzfeuer der Fundamentalisten“ aus der Reihe „Ladies Lunch on tour“ (nur für Frauen)**  
Donnerstag, 16.06.2005, 18 Uhr  
Turmforum am Hauptbahnhof  
(Konferenzraum), Stuttgart  
Gebühr 10 Euro, erm. 5 Euro  
(inkl. Verpflegung)

**„Erste Erfahrungen mir Hartz IV“ Besteht die Reform den Praxistest?**  
Samstag, 18. 06.2005, 10 - 17 Uhr  
Gebühr 30 Euro, erm. 15. Euro  
(inkl. Verpflegung)

Heinrich Böll Stiftung Baden-  
Württemberg e.V.  
Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart  
Tel. 0711 2633 94-10, Fax -19  
[info@boell-bw.de](mailto:info@boell-bw.de), [www.boell-bw.de](http://www.boell-bw.de)

## Impressum

### GRÜNSPIEGEL

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg. Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 10 Euro im Kreis, 18 Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber/Anschrift der Redaktion**  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband/Ortsverband Ludwigsburg,  
Im U-Land, Umlandstraße 21  
71638 Ludwigsburg  
Tel.: 0 71 41/92 79 26  
Fax: 0 71 41/90 51 94  
[kv.ludwigsburg@gruene.de](mailto:kv.ludwigsburg@gruene.de)  
[www.gruene-ludwigsburg.de](http://www.gruene-ludwigsburg.de)  
KontoNr: 253074029,  
Volksbank Ludwigsburg  
BLZ 604 901 50, KV Ludwigsburg

**Redaktion (ViSDP)**  
Christian Gärtner, Julia Schweizer,  
[gruenspiegel@gmx.de](mailto:gruenspiegel@gmx.de)

**Layout und Gestaltung**  
Ulrich Haase, Berlin

**Anzeigenkoordination**  
Christian Gärtner

**Druck**  
Druckerei Ratz, Schönaich

**Ausgabe**  
Mai/Juni 2005

**Auflage**  
700

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsvorstandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich.

Ausschneiden und an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Ludwigsburg, Umlandstraße 21, 71638 Ludwigsburg schicken

### Bestellabschnitt

Ja, ich möchte den GRÜNSPIEGEL jeden Monat bequem nach Hause geschickt bekommen. Die stets aktuellen Informationen und Diskussionsbeiträge sind mir 10 Euro im Jahr wert (aktueller Preis für den Versand der 10 Ausgaben im Jahr innerhalb des Landkreises Ludwigsburg, außerhalb des Landkreises zzgl. 0,80 Euro pro Ausgabe).

Name, Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße / Hausnummer: \_\_\_\_\_  
Postleitzahl / Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon (für eventl. Rückfragen): \_\_\_\_\_

Ich ermächtige den Kreisverband Ludwigsburg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hiermit, die jährlichen Bezugsgebühren von meinem Bank- bzw. Postbankkonto abzubuchen. (Falls der Kontoinhaber nicht mit dem Besteller identisch ist, bitte genaue Adresse angeben.)

Bankinstitut / Ort: \_\_\_\_\_  
Bankleitzahl: \_\_\_\_\_  
Kontonummer: \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift des Bestellers \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift des Bestellers \_\_\_\_\_

Ich habe das Recht, diese Bestellung gegenüber dem Kreisverband Ludwigsburg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umlandstraße 21, 71638 Ludwigsburg, innerhalb von zwei Wochen zu widerrufen. Die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt (Poststempel).

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift des Bestellers \_\_\_\_\_